

Eine Anleitung zur Entmündigung des Bürgers

Deutsches Gutachten zu umweltfreundlichem Verhalten Pauline Voss, 20. 5.23

Wenn der Nachbar beim nächsten Sommerfest misstrauisch dreinschaut, muss das nicht am veganen Tafelspitz liegen: Vielleicht ist er bloss auf die niedrigeren Stromrechnungen der anderen Gäste neidisch. Der Sachverständigenrat für Umweltfragen, der die deutsche Regierung berät, hat kürzlich ein Sondergutachten zu umweltfreundlichem Verhalten veröffentlicht, und es verheisst nichts Gutes für das gesellschaftliche Miteinander.

Es trägt den Titel:

«Politik in der Pflicht: Umweltfreundliches Verhalten erleichtern».

Die sieben Professoren, unter ihnen die medial omnipräsente Wirtschaftswissenschaftlerin Claudia Kemfert, identifizieren drei Ansätze:

Erstens müssten Bedingungen für umweltfreundliches Verhalten verbessert, also die Infrastruktur ausgebaut, Preisanreize gesetzt oder Ge- und Verbote ausgesprochen werden.

Zweitens müssten über Bildungsangebote und Kampagnen umweltfreundliche Normen langfristig gestärkt werden.

Drittens müssten Bürger in konkreten Entscheidungssituationen «unterstützt» werden. Was sich hinter den passivaggressiven Euphemismen der «Erleichterung» und der «Unterstützung» verbirgt, wird bei genauerem Lesen offenbar: So weisen die Gutachter darauf hin, dass die Grundrechte **«tendenziell stärkere Eingriffe in umweltschädigende Verhaltensweisen» erlaubten, als «im politischen Diskurs häufig angenommen» werde.**

Mitunter liest sich das Gutachten wie ein Erziehungsratgeber:

So könne «Feedback zur Beeinflussung des Verhaltens» eingesetzt werden, um **«bei umweltschädlichem Verhalten Schuldgefühle» hervorzurufen.**

Ein Beispiel: Angaben zum **Stromverbrauch benachbarter Haushalte** auf der Stromrechnung sollen als Anreiz dienen, den eigenen Stromverbrauch zu senken.

«Bei umweltschädlichem Verhalten Schuldgefühle» hervorrufen?

Das funktionierte doch früher, das heisst vor 50 Jahren in der Primar- und Sekundarschule ausgezeichnet.

Der Lehrer: „der Max und das Meili machen das viel besser, darum haben sie bessere Noten“.

Und dieses Rezept, das wirklich antiquiert ist, wollen uns die Grünen verkaufen?

Eine Anleitung zur Entmündigung des Bürgers

Wer sich bereits umweltfreundlich verhalte, etwa Gemüse-Abfälle kompostiere, **könne «Aufkleber oder T-Shirts mit entsprechenden Slogans» erhalten** und so «in der Nachbarschaft über persönliche Kontakte für das Verhalten» werben.

Um Jugendliche zu erreichen, schlägt das Gutachten die **Zusammenarbeit von Behörden mit «Influencer:innen» vor**.

Als Vorbild dient den Autoren die Corona-Pandemie: Am Beispiel der Ausgeh- und Kontaktverbote zeige sich, wie Einschränkungen in Bedrohungssituationen zur «Bekämpfung einer kollektiven Problemlage» genutzt werden könnten. Ähnlich wie in der Pandemie, als das Überleben der Alten gegen die Freiheit der Jungen ausgespielt wurde, **wird die Freiheit und Gesundheit der kommenden Generationen als Argument angeführt, um «umweltpolitische Massnahmen» zu rechtfertigen**.

Das Gutachten offenbart zweierlei: Erstens markiert es eine Rückkehr zur Individualisierung der Klimapolitik, gegen die Teile der Umweltbewegung in den letzten Jahren zu Recht gekämpft haben, weil sie von Grundsatzfragen (wer bezahlt die Energiewende? Atomenergie – Ja oder Nein?) ablenkt.

Das Gutachten rät der Politik zu einem übergriffigen Mikromanagement, das die Bürger anleitet, wie sie den Kapitalismus im Alltag angeblich austricksen können. Dabei bewirkt man jedoch das Gegenteil: Privilegierte Eigenheimbesitzer klimpern mit ihren Umweltorden wie einst Offiziere in Salons, vermeintliche CO2-Reduktion wird zum **Distinktionsmerkmal einer klimapolitischen Statusgesellschaft**. Zudem illustriert das Gutachten die Selbstreferenzialität der Klimapolitik: Im Namen einer ökologischen haben die grünen Eliten eine politische Kreislaufwirtschaft geschaffen. Aktivistisch angehauchte Wissenschaftler und Berater fertigen auf Geheiss der Politik Gutachten an, die Politikern dann als Legitimation dienen, um den eigenen Plänen das Siegel der wissenschaftlichen Alternativlosigkeit aufzuprägen.

Die Wissenschaft in den Diensten der grünen Politik! Ohne grünes Mäntelchen kann wohl ein Naturwissenschaftler heute nicht mehr erfolgreich sein.

Das Gleiche gilt ja auch für einen Journalisten, man darf sich dem Mainstream nicht verweigern und in diesem Sinne seine eigene Meinung kundtun und sagen, was unter einer verantwortungsvollen Umweltpolitik zu tun ist, nur extreme Ansichten sind gefragt.

Muss man darum an der Unabhängigkeit zweifeln, die der Sachverständigenrat auf seiner Website hervorhebt? Mitnichten. Die Ideologisierung von Teilen der Wissenschaft ist längst so weit vorangeschritten, dass es keine Einflussnahme braucht, um Ergebnisse zu erzielen, die auf Entmündigung hinauslaufen.

Man hätte das Gutachten auch weniger nett, aber ehrlicher betiteln können: «Politik in der Pflicht, den Bürger in die Pflicht zu nehmen».